

Bebauungsplan "Sondernutzungsgebiet Photovoltaikanlage Unter-Mossau 2"

in der Gemeinde Mossautal, OT Unter-Mossau
Odenwaldkreis

Vorentwurf

Begründung



März 2025





Ausfertigungsvermerk:

Es wird hiermit bescheinigt, dass die vorliegende Fassung der Textlichen Festsetzungen mit der Fassung, die Gegenstand des Satzungsbeschlusses der Gemeindevertretung Mossautal war, übereinstimmt.

Träger der Bauleitplanung

Gemeinde Mossautal
Ortsstraße 124
64756 Mossautal

Mossautal,

den

Herr Dietmar Bareis
- Bürgermeister -

Bearbeiter

Lindschulte Ingenieurgesellschaft mbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern,

im März 2025



Gliederung

1.	Ausgangslage	5
2.	Grundlagen	7
2.1	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	7
2.2	Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (LEP 2000)	7
2.3	Regionalplan Südhessen 2010	8
2.4	Geltungsbereich (aktueller Flächennutzungsplan)	10
2.5	FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, sonstige Schutzgebiete	11
3.	Planungsziele, Planungsgrundsätze	13
3.1	Städtebauliches Konzept	13
3.2	Herleitung und Begründung der einzelnen Festsetzungen	13
3.2.1	Art der baulichen Nutzung	13
3.2.2	Maß der baulichen Nutzung	13
3.2.3	Baugrenzen	14
3.2.4	Überbaubare Grundstücksflächen	14
3.2.5	Überbaubare Grundstücksflächen	14
3.2.6	Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften	14
3.2.7	Landespflegerische Festsetzungen	14
4.	Erschließung	15
5.	Anderweitige Planungsalternativen	16
6.	Auswirkungen des Bebauungsplanes	19
6.1	Umweltbelange	19
6.2	Begrenzung der Auswirkung schwerer Unfälle	19
6.3	Flächenbilanz	20
6.4	Verfahrensablauf	20
7.	Zusammenfassung	22
8.	Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB	23



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Lage des Geltungsbereiches	5
Abbildung 2	Landesentwicklungsplan (Ausschnitt)	8
Abbildung 5	Regionalplan Südhessen (Ausschnitt)	9
Abbildung 2	Flächennutzungsplan (Ausschnitt)	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Flächennutzung im Geltungsbereich	20
-----------	-----------------------------------	----

Quellenangaben

Geobasisdaten

Für die Abbildungen werden teilweise Grundlagen der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation verwendet (© Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, 2020).

Anhang

Anhang 1	xxx
-----------------	-----

1. Ausgangslage

Die Gemeinde Mossautal (Odenwaldkreis, Hessen) beabsichtigt, im Ortsteil Unter-Mossau im Rahmen der Wahrnehmung der städtebaulichen Entwicklung, einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Entwicklung einer weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlage (FF-PV-Anlage) inklusive Batteriespeicher aufzustellen. Parallel hierzu ist auch der Flächennutzungsplan zu ändern, damit sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln kann. Die Gemeinde möchte damit zu einem weiteren Ausbau/Erhöhung der Gewinnung von erneuerbaren Energien auf ihrem Gebiet beitragen

In der Gemeinde Mossautal leben derzeit 2.470 Einwohner (Stand: 31.12.2023). Der Gemeinde ist keine Zentrenfunktion nach dem LEP Hessen zugeteilt worden. Der überwiegende Teil der Fläche der Ortsgemeinde sind land- und forstwirtschaftliche Flächen.

Das nächstgelegene Oberzentrum ist Michelstadt in rund 10 km/15 min. Entfernung. Der Geltungsbereich der Änderung befindet sich südöstlich des Ortskerns von Unter-Mossau.

Das nächstgelegene Mittelzentrum ist Groß-Umstadt in rund 25 km/30 min Entfernung. Das nächstgelegene Oberzentrum ist die Stadt Darmstadt in rund 55 km/45 min Entfernung.

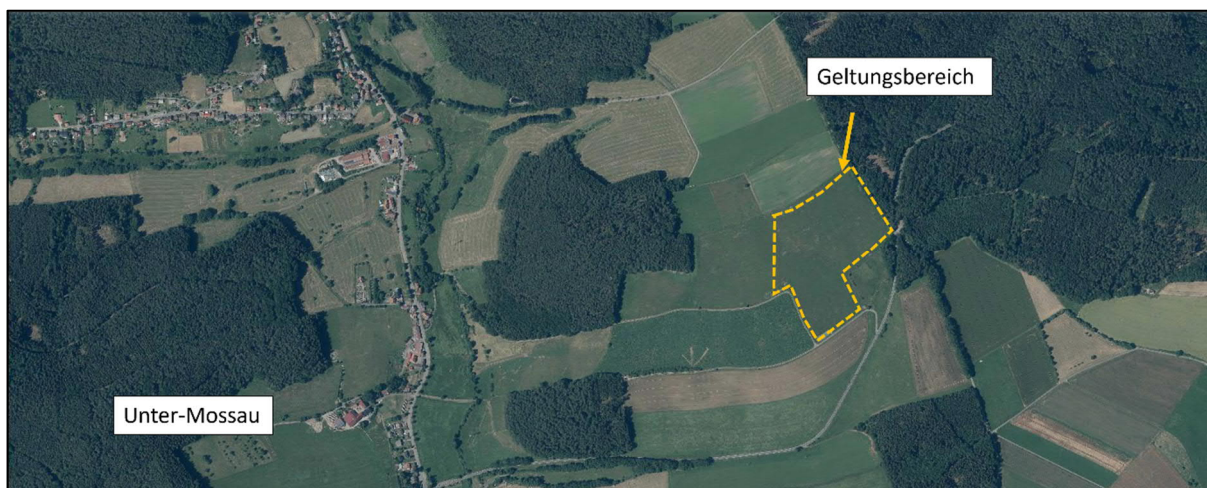


Abbildung 1 Lage des Geltungsbereiches

Das Gelände weist ein Gefälle von rund 12,00 Höhenmetern von Norden nach Süd-Südosten auf. Die Höhenlage beträgt zwischen 400 m NHN¹ und 388 m NHN.

Der Bebauungsplan umfasst folgendes Grundstück in der Gemarkung Unter-Mossau:

Flur 17, Flurstück 18 (teilweise)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes hat eine Größe von 8,4 ha.

¹ NHN = Normalhöhennull



Lage des Geltungsbereiches

Der Geltungsbereich liegt südöstlich von Unter-Mossau. Die Flächen bestehen in Gänze aus intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen (Weiden – frischer Standort). An den Geltungsbereich grenzen im Norden und Süden ebenfalls Weiden an. Im Osten grenzt ein Waldbereich an und zudem die Kreisstraße 49 (Mossautal – Erbach).

Im Westen grenzt direkt die Bestandanlage an.



2. Grundlagen

2.1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde mit Dringlichkeit zum 01.01.2023 über das geänderte EEG gesetzlich festgelegt. Ziel ist es hier, das Ausbautempo zu erhöhen und die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Dies dient hier v. a. dem "überragenden öffentlichen Interesse".

Die Bundesregierung² führt hierzu aus:

"[...], dass die erneuerbaren Energien im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Das ist entscheidend, um das Ausbautempo zu erhöhen. Damit haben sie bei Abwägungsentscheidungen künftig Vorrang vor anderen Interessen. Somit kann das Tempo von Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich erhöht werden. [...]"

2.2 Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (LEP 2000)

In Kapitel 8.3 "Klima, Luftreinhaltung und Lärmschutz" des LEP 2000 wird auf die aktuelle Klimaschutzproblematik nicht eingegangen. Hier geht es lediglich um Frischluftschneisen und -bahnen, Kaltluftentstehungsgebiete etc. Dies ist für die Planung ohne Belang.

Zum Thema 11. Energie wird erklärt:

"Z In die Regionalpläne sind regional bedeutsame Planungen und Maßnahmen aufzunehmen, die eine Optimierung der Energieinfrastruktur unter den vorgenannten Grundsätzen unterstützen. Dies betrifft sowohl den Aus- bzw. Neubau von regional bzw. überörtlich bedeutsamen Erzeugungsanlagen sowie Leitungen zur Elektrizitäts-, Fernwärme- und Gasversorgung unter Anwendung der Kraft-Wärme-Koppelung als auch die verstärkte Anwendung von Technologien zur Nutzung regenerativer Energien. Die Errichtung von Anlagen, die diesen Zielsetzungen entsprechen, ist mit Ausnahme von Windkraftanlagenparks in den regionalplanerischen Bereichen für Industrie und Gewerbe mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar."

Diese Grundsätze, die in den Regionalplänen beachtet werden sollen, werden bei der vorgesehenen Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage beachtet.

Die aktuell gültige 3. Fortschreibung des LEP 2000 vom September 2018 sieht zu Photovoltaikanlagen folgende Grundsätze vor:

"5.3.2.1-1 (Z): Die Nutzung der solaren Strahlungsenergie auf und an baulichen Anlagen hat Vorrang vor der Errichtung großflächiger Anlagen auf Freiflächen (Freiflächen-Solaranlagen). Ausgenommen hiervon sind Freiflächen-Solaranlagen, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen gebietlichen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Bei der Standortwahl sind Flächen entlang von Bundesautobahnen, Schienenwegen, Deponien, Lärmschutzwällen sowie Konversionsgebieten

² <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/novelle-eeg-gesetz-2023-2023972>, zuletzt aufgerufen 24.08.2023

sowie in unmittelbarer Nähe liegende, baulich bereits vorgeprägte Gebiete vorrangig in Betracht zu ziehen. Nachrangig können auch die für eine landwirtschaftliche Nutzung benachteiligten Gebiete einbezogen werden."

"5.3.2.1-2 (Z) In den Regionalplänen sind Gebietskategorien festzulegen, in denen die Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist."

Da keine dieser Voraussetzungen in der Gemeinde Mossautal zutrifft, soll eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Außenbereich entwickelt werden, um einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Für den Geltungsbereich wird die Forstwirtschaft als Vorzugsgebiet beschrieben/dargestellt.

Die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage steht dem nicht entgegen, da hier Offenlandbereiche genutzt werden sollen und die umliegenden Waldflächen nicht überplant werden.

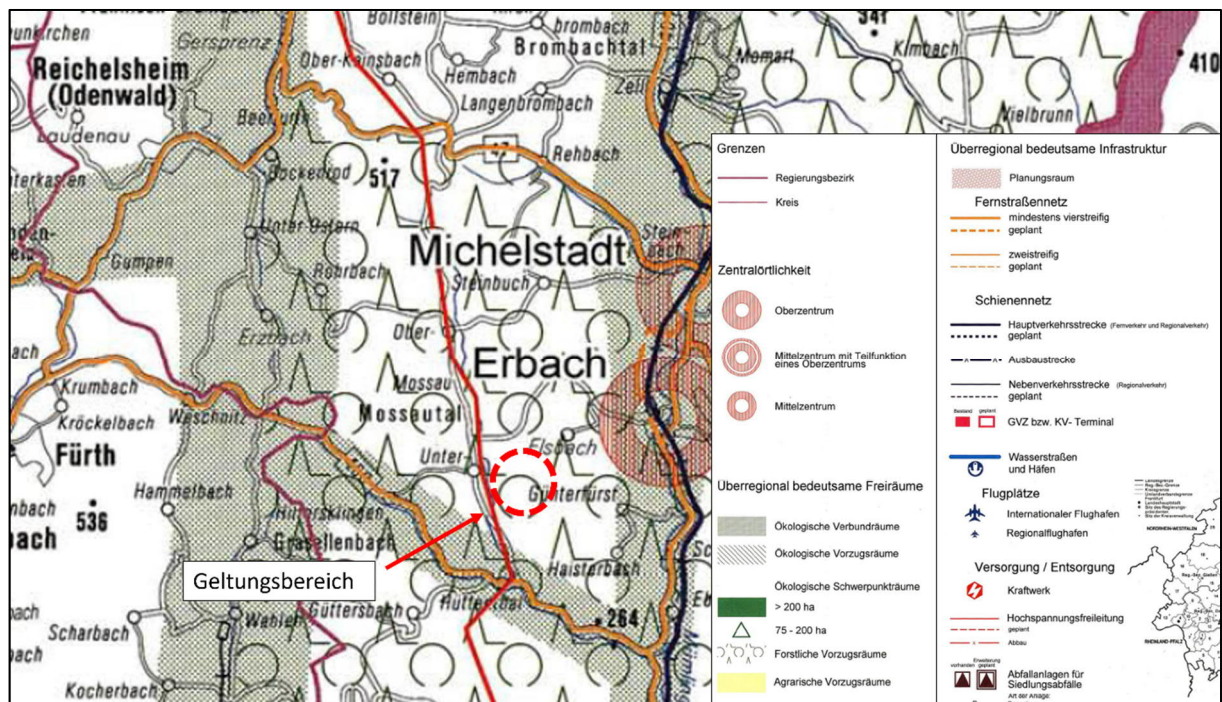


Abbildung 2 Landesentwicklungsplan (Ausschnitt)

2.3 Regionalplan Südhessen 2010

In Kapitel 8 des Regionalplanes Südhessen wird unter Punkt G8.2-1 Folgendes erklärt:

"Regenerative Energiepotenziale sollen im Interesse des globalen und regionalen Klimaschutzes, soweit ökologisch vertretbar, genutzt werden. Im Rahmen der Erarbeitung von Energiekonzepten kann ihre örtliche und regionale Einsatzfähigkeit überprüft werden. Die in der Region verfügbaren regenerativen Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie, sollen nach dem Stand der Technik eingesetzt werden."

Über 8,2 TWh Strom wurden 2021 in Hessen mit erneuerbaren Energien erzeugt (Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen). Gemäß Energiemonitorbericht 2022 lag der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien in Hessen bei 49 %³. Bis 2050 will Hessen seinen Bedarf an Strom und Wärme vollständig aus erneuerbaren Energiequellen decken.

Um nun den Ausbau zu unterstützen, möchte die Gemeinde ebenfalls einen Beitrag hierzu leisten und eine weitere Freiflächenphotovoltaikanlage ermöglichen.

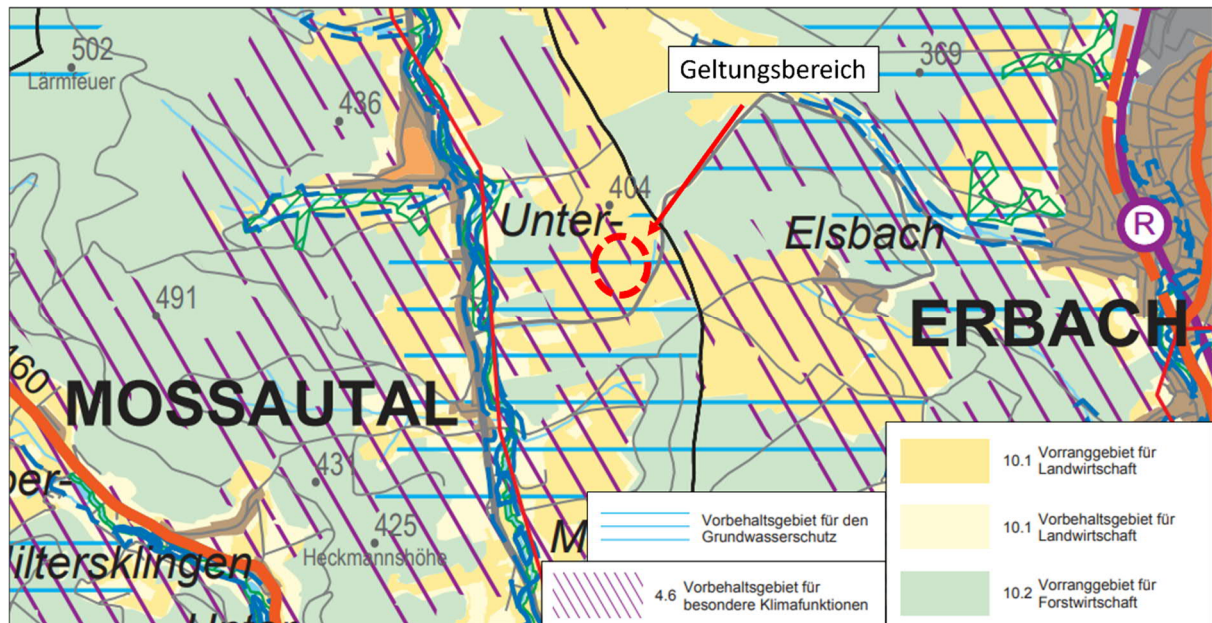


Abbildung 3 Regionalplan Südhessen (Ausschnitt)

Im Regionalplan Südhessen 2010 ist im Geltungsbereich Vorranggebiet für Landwirtschaft ausgewiesen.

Des Weiteren ist über den Geltungsbereich und im Umfeld ein Vorbehaltsgebiet für die besondere Klimafunktion und für den Grundwasserschutz im Plan dargestellt.

Zu allen Seiten in weiterer Entfernung befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches Flächen für die Forstwirtschaft (Vorranggebiet).

Vorranggebiete für Landwirtschaft sind ein Ziel der Raumplanung, die in der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen sind.

Aktuell (Stand: März 2025) ist ein Zielabweichungsverfahren anhängig. Welches die Belange der Ziele und Grundsätze der Raumordnung (u.a. die Inanspruchnahme von Flächen im Vorranggebiet für Landwirtschaft) abklären soll.

Das Vorranggebiet für Natur- und Landschaft ist durch die Planung nicht betroffen. Zwischen diesen Flächen und der Änderungsfläche befinden sich weitere Wiesenflächen. Dazu trennt in Teilen die Topografie (Hänge) die Flächen voneinander ab.

³ https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2022-12https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2022-12/monitoringbericht_2022_web.pdf?_sm_au_=iVVD3Q1LrPGsVkbM, zuletzt aufgerufen 15.03.2023



Für das Vorbehaltsgebiet "Besondere Klimafunktion" werden sich die Änderungsabsichten und gegebenenfalls spätere Photovoltaikanlage nicht erheblich negativ auf Kalt- und Frischluftabflussschneisen auswirken. Allerdings wirkt sich eine Photovoltaikanlage positiv auf den Klimaschutz aus, da hier Energie aus regenerativen Energiequellen erzeugt wird, was zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bei der Erzeugung von Energie führt.

2.4 Geltungsbereich (aktueller Flächennutzungsplan)

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahr 2004 (genehmigt am 08.11.2004).

In diesem wird der Geltungsbereich und seine Umgebung verschiedene Darstellungen getroffen worden. Der Geltungsbereich selbst ist in Gänze als „Fläche für die Landwirtschaft“ gekennzeichnet.

Im Umfeld wurde nachrichtlich ein Wasserschutzgebiet übernommen (Trinkwasserschutzgebiet Zone III).

Im Westen grenzt ein Sondergebiet an (PV-Freiflächenanlage im Bestand), der Norden, Süden und Südwesten ist ebenfalls Landwirtschaftliche Fläche.

Im Osten/Südosten befindet sich eine Fläche, welche als „geplanter Geschützter Landschaftsbestandteil“ gekennzeichnet ist. Hier entspringt ein Gewässer, wessen Umfeld flächenhaft als geschützte Biotope dargestellt sind. Zudem besteht hier ein Waldgebiet.

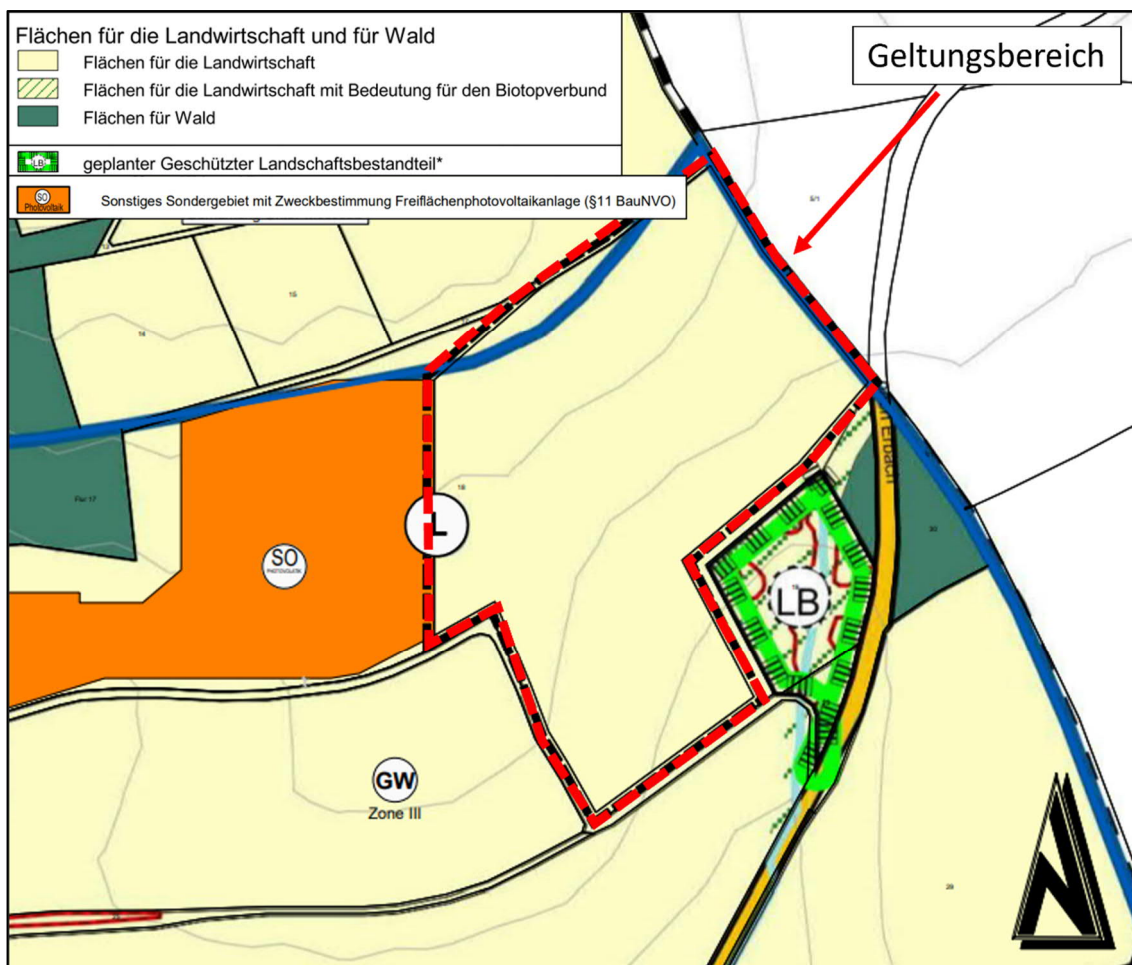


Abbildung 4 Flächennutzungsplan (Ausschnitt)

2.5 FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, sonstige Schutzgebiete

Das festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Brunnen Unter-Mossau, Mossautal, Zone III überdeckt den gesamten Geltungsbereich.

Andere Schutzgebiete wie FFH (Fauna-Flora-Habitat), Vogelschutz, Natura 2000, Ausgrabungsschutz, Biotopschutz oder Heilquellenschutzgebiete sind nicht im Geltungsbereich.

Der Geltungsbereich befindet sich, wie der gesamte Odenwaldkreis, im Geo-Naturpark "Bergstraße-Odenwald".

Biotopkartierung

Im Osten befindet sich eine Fläche, welche als „geplanter Geschützter Landschaftsbestandteil“ gekennzeichnet ist. Hier entspringt ein Gewässer, wessen Umfeld flächenhaft als geschützte Biotope dargestellt sind.

Sonstige Grundlagen



**Bebauungsplan
"Sondernutzungsgebiet Photovoltaikanlage Unter-Mossau "
in der Gemeinde Mossautal
Begründung**



Für den Bereich des nachsorgenden Bodenschutzes gilt, dass keine Altlastenflächen, Altablagerungen, Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Verdachtsflächen bekannt sind.



3. Planungsziele, Planungsgrundsätze

3.1 Städtebauliches Konzept

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beträgt rund 8,4 ha. Dabei wurde die Fläche für die Module so definiert, dass auf einer 5,7 ha großen Fläche die Solarmodule inklusive der technischen Nebenanlagen sowie des Batteriespeichers errichtet werden können. Diese werden nach Süden/Südwesten ausgerichtet, um die Sonnenenergie optimal einfangen zu können. Die übrige Fläche von rund 2,7 ha wird für Ausgleichsflächen, Abstandsflächen und Eingrünung genutzt.

Im Geltungsbereich sind ein Transformator und ein Ersatzteilcontainer erforderlich. Diese technischen Anlagen werden auf einer Gesamtfläche von ca. 200 m² untergebracht werden. Im Zuge der weiteren Planung besteht die Möglichkeit zur Errichtung eines Batteriespeichers. Dieser wird ggf. in bis zu vier 20-Fuß Containern (6,10m Länge 2,44m Breite, 2,59m) hoch errichtet und umfasst inklusive der notwendigen Nebenanlagen eine Fläche von ca. 500 m².

Die Photovoltaikmodule werden mit einer Höhe von ca. 0,5 m bis maximal ca. 3,0 m über Grund mit einer Neigung von ca. 25 ° errichtet. Diese werden auf verzinkten Stahlstützen befestigt, die ca. 2,0 m in den Boden gerammt werden, ohne den höchsten Grundwasserspiegel zu erreichen. Diese Stahlstützen können nach Aufgabe und Rückbau der Anlage wieder rückstandslos entfernt werden, sodass die Fläche wieder landwirtschaftlich, entsprechend der derzeitigen Nutzung als Grünland, genutzt werden kann. Die gesamte Anlage wird aus Sicherheitsaspekten eingezäunt, mit entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zur Wartung und gegebenenfalls Brandschutz (Feuerwehr).

3.2 Herleitung und Begründung der einzelnen Festsetzungen

3.2.1 Art der baulichen Nutzung

Zu I.1:

Für dem Geltungsbereich wird ein Sondergebiet festgesetzt, da die Form einer Freiflächenphotovoltaikanlage nicht den vordefinierten Gebieten der BauNVO entspricht. Mit dieser Gebietsform kann am besten auf die geplante Flächenentwicklung reagiert werden.

3.2.2 Maß der baulichen Nutzung

Zu I.2:

Das Maß der baulichen Anlage wird durch die technischen Anlagen mit bedingt. Um hier den größten Nutzen auf möglichst kleiner Fläche zu erreichen, müssen die Anlagen rund 4,0 m über der Geländeoberkante ragen. Bei dieser Höhe wird auch eine übermäßige Beschattung der Bodenflächen vermieden und es ist möglich, für die Wartung und mögliche Reparaturen an die einzelnen Module zu gelangen.



Das notwendige Maß der baulichen Nutzung für die Technik und einen möglichen Batteriespeicher wird auf 4,0 m Höhe und 700 m² Flächenversiegelung begrenzt. Hier ist es möglich, alle notwendigen Installationen anzubringen. Diese maximale Kubatur stellt sicher, dass das Gebäude nicht übermäßig über die andere bauliche Anlage hinausragt und so negative Auswirkungen (u. a. Landschaft, Erholung, Tierwelt) erzeugt. Untergeordnete Bauteile wie Antennen und Kameramasten können bis zu 2,0 m die übrigen Bauteile überragen.

3.2.3 Baugrenzen

Zu I.3:

Die maximal zu bebauende Fläche wird durch die Baugrenze dargestellt. Hiermit kann die größte Ausdehnung der Anlage begrenzt werden. Dadurch, dass die Flurstücksgrenzen nicht die maximale Ausdehnung darstellen, können gegebenenfalls die Eckpunkte durch GPS-Koordinaten bestimmt werden.

3.2.4 Überbaubare Grundstücksflächen

Zu I.4:

Siehe 3.2.3.

3.2.5 Überbaubare Grundstücksflächen

Zur Sicherung der Kabeltrasse sind im Bebauungsplan eingetragene Flächen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu sichern. Die Flächen sind von Bebauung und Bewuchs freizuhalten, die Leitungen ist zu dulden und ihre Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten.

3.2.6 Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

Zu II.:

Die Festsetzungen dienen der Sicherstellung, dass nicht mehr Fläche für die Errichtung und den Betrieb in Anspruch genommen wird als unbedingt notwendig. Die Begrünung und der Bodenabstand der Einfriedung sollen die Nutzung der Fläche für die Tierwelt und Aspekte des Klimaschutzes gewährleisten.

3.2.7 Landespflegerische Festsetzungen

Zu III.:

Die Landespflegerischen Festsetzungen dienen dazu, den Eingriff in Natur und Landschaft, der durch den Bebauungsplan vorbereitet wird, durch entsprechende Maßnahmen zu verringern und auszugleichen.



Hierbei soll die südliche intensiv genutzte Wiesen- und Weidefläche zu extensiv genutzten Rasen- und Wiesenflächen umgewandelt und aufgewertet werden, dies dient generell dem Artenschutz und vorwiegend der Feldlerche.

Die Gehölzpflanzungen im Norden dienen der Eingrünung und verschiedenen Vogelarten als Lebensraum.

Entsprechende weitere Ausführungen sind dem Umweltbericht zu entnehmen.

4. Erschließung

Um die großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage erreichen zu können, können die bestehenden landwirtschaftlichen Asphaltwege genutzt werden. Weiter müssen zur Erreichbarkeit der Fläche zusätzliche temporäre Wege angelegt werden.

Großräumig ist die Fläche über die K 49 an das örtliche und regionale Verkehrsnetz (B 45/ 47 / 460) angebunden.

Die Anbindung an das Stromnetz zur Einspeisung des erzeugten Stroms in das öffentliche Netz wird über eine externe Leitung erfolgen. Dabei wird die bestehende Erdleitung der Bestandsanlage genutzt werden.

Die interne Erschließung erfolgt über die bestehenden Feldwege und eine als Schotterrasenweg ausgebauten Zufahrt von Süden her. Eine langfristige Befahrbarkeit muss nach der Bauphase durchgängig sichergestellt werden (Brandschutz, Flächenpflege und Wartung).



5. Anderweitige Planungsalternativen

Im Sinne des Vermeidungsgebotes und zum sorgsamem Umgang mit Grund und Boden sind mögliche Alternativen zu ermitteln.

Weiter sind mögliche unterschiedliche Ausführungsalternativen am Standort selbst zu prüfen.

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Mossautal sind keine Gebiete für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen dargestellt – ausgenommen die Bestandsanlage. Aus diesem Grund wurde im Zusammenhang mit der Änderung des Flächennutzungsplanes untersucht, ob Alternativstandorte für Freiflächenphotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet bestehen, die besser geeignet sind als der derzeitige Vorhabenstandort. Diese Untersuchung erfolgte anhand von Kriterien auf Grundlage bestehender gesetzlicher Vorgaben.

Folgende rechtliche Grundlagen wurden u.a. herangezogen:

1. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023)
2. Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)
3. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
4. Regionaler Flächennutzungsplan Südhessen 2010

Für die Standortfindung sind unterschiedliche Kriterien nach den jeweiligen Vorgaben heranzuziehen. Hierzu zählen auch Standortkriterien, welche nach technischen und unternehmerischen Aspekten berücksichtigt werden müssen.

Nach dem § 37 EEG sind vor allem Flächen heranzuziehen, welche:

- als Konversionsfläche gelten (vormalige Nutzung: hier war wirtschaftliche, verkehrliche, wohnungsbauliche oder militärische Natur)
- entlang von Autobahnen oder Schienenwegen liegen, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung bis zu 500 m errichtet werden soll
- als Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gelten
- als Ackerland oder Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen.

Es sind auch Flächen auszuschließen, welche für den Naturschutz besonders bedeutsam sind. Hierzu zählen:

- FFH-Gebiete
- Vogelschutzgebiete
- Naturschutzgebiete
- Naturdenkmäler
- Grund-, Trink- und Heilquellenschutzgebiete
- Überschwemmungsgebiete.

Weitere Ausschlussflächen ergeben sich über den Regionalen Flächennutzungsplan Südhessen 2010 - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien 2019. Hier werden unter dem Kapitel 3.4 Solarenergie und dem Grundsatz 3.4.1-3 folgende Kriterien genannt:

- Vorranggebiet Siedlung, Bestand und Planung



- Vorranggebiet für Natur und Landschaft
- Vorranggebiet für Forstwirtschaft
- Trassen und Standorte der regionalplanerisch dargestellten Verkehrs- und Energieinfrastruktur
- Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Planung

Zugleich wird mit dem Grundsatz G 3.4.1-4 nach einer Einzelfallprüfung eine Flächennutzung zugestanden. Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sind:

- Vorranggebiet Industrie und Gewerbe, Bestand und Planung
- Vorranggebiet für Landwirtschaft
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz
- Vorranggebiet Regionaler Grünzug
- Vorranggebiet Regionalparkkorridor
- Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Bestand
- Vorbehaltsgebiet oberflächennaher Lagerstätten
- Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft
- Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft
- Vorranggebiet für Windenergienutzung
- Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen
- Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz.

Aus Sicht eines Betreibers sind technische und unternehmerische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, diese sind:

- die Flächenverfügbarkeit
- die Flächengröße und -zuschnitt
- die Besonnung
- die Exposition und Geländeverschattung
- geringer Erschließungsaufwand
- geringer Aufwand für den Anschluss für den Mittelspannungsanschluss.

Flächensuche:

In der Gemeinde Mossautal wurden nach den vorgenannten Kriterien mittels einer Luftbilddauswertung und nachfolgender Begehung respektive Befahrung Flächen ermittelt. Im Rahmen dieser Flächenermittlung hat sich gezeigt, dass in der Gemeinde nur wenige Flächen den obigen Kriterien entsprechen. Der Großteil der Gemeinde ist von Wald bestanden. Hiernach folgen offene Flächen (Wiesen, Weiden) und Siedlungsräume.

In der gesamten Gemeinde konnten weder ausreichend große Konversions- oder Gewerbeflächen noch versiegelte, ungenutzte Flächen (Parkplätze, Brachflächen) ermittelt werden. Dasselbe gilt auch für Bundesautobahnen oder Schienenwege, alte Rohstoffabbaugebiete oder qualitativ minderwertige Acker- oder Grünlandflächen außerhalb von landwirtschaftlichen Vorrangflächen.

Eine mögliche Variante ist die Mehrfachnutzung einer bestehenden Überlandleitung und deren Schutzstreifen bzw. benachbarte Flächen. Allerdings verläuft diese Leitung weitestgehend im Talgrund des Mossaubaches. Die Leitung überspannt hier den Mossaubach und dessen nahe Uferbereiche (zumeist Lebensraum von einer Vielzahl Tieren und Pflanzen) und Siedlungskörper sowie Straßenverkehrswege



(Einhaltung von Abstandflächen). Die wenigen nutzbaren Flächen sind im direkten Umfeld von Waldbereichen gesäumt, sodass unter Einbeziehung von Waldabstandsflächen (Tierschutz, Beschattung und Anlagensicherheit) diese Bereiche ebenfalls wegfallen.

In Ober-Mossau besteht ein untergenutzter Sportplatz, welcher als potenzielle Standort dienen könnte. Hier wird aber gegenwärtig ein Bauleitplanverfahren betrieben, um die Fläche als Wohnmobilstandort zu nutzen.

Durch diese Einschränkungen und rechtlichen Vorgaben konnten keine besser geeigneten Flächen generiert werden.

Aktuell (Stand: März 2025) ist ein Zielabweichungsverfahren anhängig. Welches die Belange der Ziele und Grundsätze der Raumordnung abklären soll.

Um einen Ausbau der Gewinnung solarer Energie zu ermöglichen, müssen weitere landwirtschaftliche Flächen herangezogen werden. Diese sind aktuell im Gemeindegebiet überwiegend als "Vorranggebiet für die Landwirtschaft" ausgewiesen. Um die Betroffenheit des Naturraumes in Bezug auf optische Beeinträchtigungen, der Nutzbarkeit von landwirtschaftlich genutzten Flächen (Äcker und Felder) und der umliegenden Siedlungsbereiche so gering wie möglich zu halten, sollen die Flächen im Umfeld der Bestandsanlage genutzt werden.

Hier besteht durch die Bestandsanlage bereits eine Anbindung an das Stromnetz. Die vorhandene Leitung wurde im Rahmen der Bestandsanlage verlegt und führt bis nach Lauerbach. Somit entfällt ein Eingriff in Natur und Landschaft.

Für die Gemeinde würden zukünftig mit der Bestandsanlage und der aktuellen Planung rund 0,75% der 36 ha landwirtschaftlichen Fläche für PV-Anlagen zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Baustellenzufahrt kann über die Landesstraße (von Südosten her) und dem befestigten Weg bestmöglich mit geringen Behinderungen für den Verkehr und Umwelt ermöglicht werden.



6. Auswirkungen des Bebauungsplanes

6.1 Umweltbelange

Im Rahmen der Planung wurden vier Ortsbegehungen im Jahr 2024 von der Lindschulte mbH im Untersuchungsraum mit entsprechender Biotoptypen- und Tierartenkartierung durchgeführt.

- 20.04.2024
- 21.05.2024
- 20.06.2024
- 29.07.2024

Hier wurde festgestellt, dass der Geltungsbereich durch intensiv genutzte Wiesen- und Weideflächen geprägt wird. Angrenzend an den südöstlichen Bereich des Geltungsbereiches, besteht ein Biotopkomplex der Hessischen Biotopkartierung. Dieser Bereich wurde im Rahmen der weiteren Planung herausgenommen, um den geschützten Bereich nicht zu überplanen. Zudem konnten randlich, teilweise außerhalb des Geltungsbereiches Feldlerchenreviere, Goldammer und Neuntöter kartiert werden.

Durch die spätere Umsetzung der Photovoltaikanlage werden langfristig maximal rund 300 m² Fläche voll versiegelt und 1 500 m² (Zuwegung - Schotterrasen) teilversiegelt. Die unbebauten Flächen des Sondergebietes werden mit Extensivrasen versehen und sollen v. a. für die Vögel und Insekten weiterhin ein Habitat darstellen und eine Magerwiese ausbilden.

Die geplante Ausgleichsfläche im Süden ist für die Feldlerche vorgesehen. Hier sollen grobe Wiesenstrukturen angelegt werden.

Im Norden der Anlage soll mittels einer Heckeneingrünung (3-reihig) ein Gehölzhabitat für den Neuntöter und die Goldammer geschaffen werden. Zudem dient die Eingrünung auch großen Säugetieren (Wild) als Leitstruktur.

Die Modulreihen werden mit einem größtmöglichen Abstand errichtet werden. Hierdurch soll für eine ausreichende Belichtung, der unter den Anlagen liegenden Wiesenflächen, gesorgt werden.

Die Eingriffs-Ausgleich-Bilanzierung wird im Rahmen des Entwurfes erstellt werden.

Aktuell wird nicht von einer erheblichen, langfristigen Beeinträchtigung der im Umfeld lebenden Feldlerchen und anderen Vogelarten noch der Magerwiesen ausgegangen.

Im Weiteren wird an dieser Stelle auf die Ausführungen im Umweltbericht verwiesen.

Die vollumfängliche Artenschutzabarbeitung kann dem Umweltbericht im Rahmen des Entwurfes entnommen werden.

6.2 Begrenzung der Auswirkung schwerer Unfälle

Es handelt sich bei der Planung um keine raumbedeutsame Planung gemäß § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG).



Im Umfeld von 5 km befindet sich keine Nutzung, welche der Störfallverordnung unterliegt und nach dem NACE-Code beschrieben und gelistet bzw. überwachungspflichtig⁴ ist.

Ein Konflikt mit § 50 S. 1 BImSchG ist nach aktuellem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

6.3 Flächenbilanz

Der Geltungsbereich hat eine Gesamtgröße von rund 8,4 ha. Die Fläche ist zur Gänze als Wiesen- und Weidefläche kartiert.

In der Sondergebietsfläche werden alle Anlagenteile (Modultische [inklusive Zwischenabstände], Technikgebäude, neue Zuwegung und Bestandswege) erfasst, die Grünflächen sind dem Ausgleich zuzurechnen.

Tabelle 1 Flächennutzung im Geltungsbereich

Nutzungsart	Fläche [m²]	Fläche [%]
Modultische (überschirmte Bereiche)		
Zuwegung		
Transformatorstationen, u. a.		
Freifläche (innerhalb und außerhalb des Geltungsbereiches)		
Neuanpflanzung (Sträucher)		
Einzäunung	Linienhaft (keine Fläche) -	
Gesamtfläche		

*Die Differenz zu 100 % ist Rundungstoleranzen geschuldet.

6.4 Verfahrensablauf

Der Bebauungsplan wird/wurde öffentlich ausgelegt, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, zur vorgelegten Planung eine Stellungnahme abzugeben. Gleichzeitig wurden alle Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange angeschrieben, mit der Bitte, ebenfalls entsprechende Anregungen und Hinweise zum Entwurf des Bebauungsplanes vorzulegen.

Die Unterlagen können in den Räumlichkeiten und im Online-Auftritt der Gemeinde eingesehen werden.

Ablauf des Verfahrens

Aufstellungsbeschluss	11.11.2024
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)	

⁴ Umweltinformationen über Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie - Regierungspräsidium Darmstadt/Hessen - Stand 10.2021, <https://rp-darmstadt.hessen.de/presse/%C3%B6ffentliche-bekanntmachungen/umweltinformationen-%C3%BCber-anlagen-nach-der-industrieemissions>, zuletzt aufgerufen 08.01.2025.



Frühzeitige Beteiligung der Behörden u. sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)	
Offenlage (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)	
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Abwägungsbeschluss (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Satzungsbeschluss	

Hinweise und Anregungen zu Umweltbelangen

Die im Verfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen mit Umweltbelangen wurden berücksichtigt.



7. Zusammenfassung

Die Gemeinde Mossautal möchte östlich des OT Unter-Mossau, auf den Gemarkungen von Unter-Mossau, eine Freiflächenphotovoltaikanlage inklusive Batteriespeicher errichten.

Die eingezäunte Anlage soll mit freistehenden PV-Elementen errichtet werden. Zwischen den Modulreihen wird Platz geschaffen, um die Fläche zu begrünen und aufzulockern.

Die Fläche erhält eine interne Erschließung. Eine gesonderte festgesetzte Erschließung wird nicht vorgenommen. Der Geltungsbereich wird von außen über die naheliegende Kreisstraße und den bereits südlich verlaufenden, befestigten, Feldweg erschlossen. Hierüber erfolgt ebenfalls der Baustellen- und Betriebsverkehr.

Aktuell wird die Fläche als Wiesen- und Weidefläche genutzt. Im Umfeld befinden sich großflächig ebenfalls Wiesen- und Ackerflächen.

Durch diesen Eingriff in Natur und Landschaft wird Ausgleich erforderlich. Der gesamte Ausgleich kann innerhalb des Geltungsbereiches erfolgen. Dies wird im Umweltbericht detailliert dargestellt.

Der Bebauungsplan wird aktuell nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Der bestehende muss deswegen in dem entsprechenden Teilbereich geändert werden. Diese Änderung wird im Parallelverfahren vorgenommen.



8. Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB

Gemäß § 10a BauGB ist dem Bebauungsplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden Planungsalternativen gewählt wurde.

Ablauf des Verfahrens

Aufstellungsbeschluss	11.11.2024
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)	
Frühzeitige Beteiligung der Behörden u. sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)	
Offenlage (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)	
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Abwägungsbeschluss (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Satzungsbeschluss	

Anlass der Planaufstellung/Änderung

Die Gemeinde Mossautal möchte östlich der Ortslage von Unter-Mossau ein Sondergebiet Photovoltaik zulassen. In Vorbereitung hierauf muss der Flächennutzungsplan geändert werden und ein Bebauungsplanverfahren stattfinden. Die Fläche befindet sich direkt östlich angrenzend an die Bestandsanlage des Bebauungsplanes „Sondergebiet Photovoltaik“.

Ziel ist es, hier im Einklang mit der Landes- und Regionalplanung, eine flächensparende Möglichkeit zu schaffen, um Flächen für die Gewinnung von Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Die intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche bietet sich an, da keine Schutzgebiete betroffen sind und eine Einsehbarkeit von sensiblen Lagen nicht gegeben ist.

Entsprechend dem Antrag des Vorhabenträgers wurde die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens in der Gemeinderatssitzung beschlossen.

Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Der § 2 Abs. 4 BauGB gibt vor, dass im Verfahren zur Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung durchzuführen ist. Das Ergebnis ist in dem Umweltbericht, der ein gesonderter Teil der Begründung des Bebauungsplans ist, festzuhalten. Nach der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und den entsprechenden Abstimmungen des Umfanges und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt die Darstellung der Ergebnisse im Umweltbericht. Durch die Umweltprüfung können vorhersehbare erhebliche Beeinträchtigungen der Umwelt sowie deren Wechselwirkungen ermittelt werden. Das Vorhaben wird deshalb eingehend auf seine Wirkungen auf die Schutzgüter nach § 2a BauGB untersucht.



Aufgrund der Standortsituation und möglicher Umweltwirkungen des Vorhabens wird insbesondere für die Schutzgüter Boden und Tiere/Pflanzen ein erhöhter Untersuchungsbedarf festgestellt. Emissionen bezüglich des Schutzgutes Mensch und seine Gesundheit und der Landschaft sind in Bezug auf mögliche Blendwirkungen zu beurteilen.

Die Ergebnisse der Umweltprüfung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Bauleitplanverfahrens an dieser Stelle ergänzt.

Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Bauleitplanverfahrens an dieser Stelle ergänzt.

Integration der Umweltbelange und Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Bauleitplanverfahrens an dieser Stelle ergänzt.

Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten und Begründung der gewählten Planvariante

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Bauleitplanverfahrens an dieser Stelle ergänzt.



Aufgestellt:

Lindschulte Ingenieurgesellschaft mbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern, im März 2025

B. Sc./Ing. Raumplanung
M. Sc. Umweltplanung und Recht C. Hahn



**Bebauungsplan
"Sondernutzungsgebiet Photovoltaikanlage Unter-Mossau "
in der Gemeinde Mossautal
Begründung**



Anhang 1 xxx